

## SH Schleswig-Holstein

## BY Bayern



Jutta Kühl (3. v. re.) und ihre Mitstreiterinnen und Mitstreiter des SoVD trafen sich zum Gespräch mit Minister Dr. Garg (2. v. li.).

## Kein Schulgeld mehr

Als eine gute Entscheidung für Schleswig-Holstein bezeichnete Jutta Kühl, Vorsitzende des SoVD-Landesverbandes Schleswig-Holstein, die Entscheidung der Landesregierung, dass zukünftig das Schulgeld für die Gesundheitsberufe wegfällt.

Der SoVD Schleswig-Holstein, der landesweit über 150 000 Mitglieder vertritt, halte diese Entscheidung für außerordentlich zielführend. Denn dadurch eröffne sich die Möglichkeit, mehr junge Menschen für die Berufe des Logopäden sowie des Physio- und Ergotherapeuten zu gewinnen. Diese Berufe seien außerordentlich wichtig für unser Gesundheitssystem und für die positive Gestaltung des demografischen Wandels in der Gesellschaft.

Darüber hinaus, so Jutta Kühl, stärke diese Entscheidung auch unsere Demokratie. Wenn sich nämlich junge Menschen für ihre berechtigten Interessen einsetzen und bei der Politik Gehör finden, könne das das gesamtgesellschaftliche Engagement nur stärken: „Die 3,3 Millionen Euro, die dafür aus dem Landeshaushalt zur Verfügung stehen, sind eine gute Investition in die Zukunft“, betonte Kühl. Schleswig-Holsteins Gesundheitsminister Dr. Heiner Garg (FDP) sagte: „Die Beseitigung finanzieller Hürden für die Ausbildung ist ein wichtiger Beitrag zur Nachwuchskräfte-sicherung in Schleswig-Holstein. Jetzt ist auch der Bund am Zug, seine Zusagen der Unterstützung einzuhalten.“

## SH Landesverband Schleswig-Holstein

# 35 000 Unterschriften für Initiative gesammelt

Endspurt für die Volksinitiative für bezahlbaren Wohnraum vom SoVD Schleswig-Holstein und vom Mieterbund. Bevor am 13. Februar die Unterschriftenlisten an den Landtagspräsidenten Klaus Schlie übergeben werden, zog die SoVD-Landesvorsitzende Jutta Kühl auf einer Pressekonferenz in Kiel ein zufriedenes Zwischenfazit: „Wir haben schon jetzt gut 35 000 Unterschriften gesammelt und damit das erforderliche Quorum von 20 000 deutlich übertroffen.“

„Natürlich machen wir bis zum Stichtag weiter, denn je mehr Unterschriften wir bekommen, desto besser“, so die Landesvorsitzende. „Aber schon jetzt kann ich sagen, dass unsere Volksinitiative ein voller Erfolg ist. Der große Zuspruch aus der Bevölkerung hat verdeutlicht, wie dringlich das Problem der Knappheit von bezahlbarem Wohnraum ist. Wir fordern schon jetzt die Abgeordneten des Landtages auf, das Ergebnis der Volksinitiative zu akzeptieren und das Recht auf angemessenen und bezahlbaren Wohnraum in der Landesverfassung zu verankern.“

Der stellvertretende Landesvorsitzende Sven Picker wies darauf hin, dass besonders ältere und behinderte Menschen große Schwierigkeiten haben, barrierefreien Wohnraum zu finden: „Wir haben die Landesregierung in einem offenen Brief an Ministerpräsident Daniel Günther aufgefordert, ein Aktionsprogramm für barrierefreien Wohnraum zu entwickeln. Schätzungsweise fehlen in diesem Bereich gut 100 000 Wohneinheiten. Gerade vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung in unserem Land besteht erhöhter Handlungsbedarf.“

Der Vorsitzende des Mieterbundes, Jochen Kiersch, sagte: „Die Zahl einkommensschwacher Haushalte nimmt beständig zu. Gleichzeitig hat die Zahl öffentlich geförderter Wohnungen dramatisch abgenommen. Deswegen brauchen wir rasch mehr geförderte Wohnungen und längere Mietpreisbindungen. Das Zweckvermögen Wohnungsbau, aus dem das Land die Fördermittel dafür bereitstellt, reicht nicht aus, um den Bedarf zu decken. Wir brauchen zusätzliche Landesmittel in der Mietwohnungsbauförderung mit dem Ziel, das Fördervolumen auf

## Kooperation mit Sybillenbad

Der SoVD-Landesverband Bayern hat eine Zusammenarbeit mit dem Kurmittelhaus Sybillenbad in Neualbenreuth beschlossen. Die Landesvorsitzende Barbara Hölzel und der Werkleiter des Sybillenbades, Gerhard Geiger, unterzeichneten vor Kurzem eine entsprechende Kooperationsvereinbarung.

Unter den über 570 000 SoVD-Mitgliedern befinden sich auch viele Menschen mit altersbedingten gesundheitlichen Beschwerden. Das Sybillenbad bietet unter anderem in der Heilwasser-Badlandschaft Möglichkeiten der Schmerzlinderung.

### Gesundheitsfördernde Wirkung von Heilwasser

Für beide Vertragspartner gibt es gute Gründe für eine Kooperation: Barbara Hölzel, seit rund einem Jahr an der Spitze des Landesverbandes Bayern, möchte damit einen Mehrwert für die Mitglieder des SoVD-Landesverbandes verbinden.

Gerhard Geiger, Leiter des Sybillenbades, ist hingegen daran interessiert, neue Gäste für das Neualbenreuther Kurmittelhaus zu gewinnen, um sie von der gesundheitsfördernden Wirkung der Heilwasser zu überzeugen.

Das Sybillenbad ist seit fast 30 Jahren bekannt für die lang anhaltende Schmerzlinderung bei rheumatischen und Wirbelsäulen-Erkrankungen durch Radon-Kohlensäure-Kombinationsbäder. Die Bäder werden als eine Serie von mindestens sechs bis zwölf Einzelwannenbäder – in der Regel ein Bad pro Tag –



Im Neualbenreuther Kurmittelhaus unterzeichneten die 1. Vorsitzende des SoVD-Landesverbandes Bayern, Barbara Hölzel, und der Werkleiter des Sybillenbades, Gerhard Geiger, eine Kooperationsvereinbarung.

abgegeben. Die Abgabe erfolgt ausschließlich nach ärztlicher Verordnung. Angezeigt ist die Radontherapie für Patienten mit Arthrosen, Fibromyalgie, Morbus Bechterew sowie Wirbelsäulenerkrankungen und Nervenschädigungen wie zum Beispiel Polyneuropathie.

### Ambulante Badekuren in der medizinischen Abteilung

Die Kohlensäure wirkt ausgleichend auf das Herz-Kreislauf-System, wodurch die Ra-

diontherapie schonender und besser verträglich wird. Aufgrund der durchblutungsfördernden Wirkung der Kohlensäure wird mehr Radon durch die Haut aufgenommen.

Die medizinische Abteilung bietet ambulante Badekuren (Vorsorgemaßnahmen) mit badeärztlicher Betreuung, Bewegungstherapie als Einzel- oder Gruppenbehandlung auch im Heilwasser, Physiotherapie, Massagen und Krankengymnastik an.



Erneut unter großer Beteiligung der Medien zogen die Initiatoren der Volksinitiative ein zufriedenes Zwischenfazit.

bis zu 8 000 Wohnungen jährlich zu erhöhen. Gleichzeitig müssen die Bindungsfristen sukzessive wieder verlängert werden. Ein erster Schritt dafür sollte die Verlängerung auf 50 Jahre sein.

Wohnungspolitik braucht einen höheren Stellenwert, damit sich die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen.“ Außerdem müsse sie langfristig gedacht werden, so Kiersch weiter.